

Stellungnahme der EVP Aargau zur Anhörung:

Buchs IO; Neue Kantonsstrasse K 209, Verbindungsspange Buchs Nord; Grosskredit

Die EVP Aargau sagt JA zur Verbindungsspange Brugg Nord und will damit unnötige Mehrkosten durch einen verzögerten Bau vermeiden

Für das Vorhaben des Baus einer Verbindungsspange in Buchs spricht sich die EVP Aargau erneut zustimmend aus. Diesmal geht es im Wesentlichen darum, einen um CHF 3 Mio. erhöhten Grosskredit zu bewilligen, um damit den noch nicht rechtskräftig beschlossenen Interessebeitrag der Stadt Aarau abzudecken. Die Gesamtsumme von CHF 11,3 Mio. für das Projekt bleibt sich insgesamt gleich. Die EVP fragt den RR, was geschieht, wenn das Bundesgericht den Beschwerdeführern Recht gibt? Sie erwartet eine Darstellung der möglichen Szenarien.

Die EVP hat bereits bei der ersten Anhörung JA gesagt, allerdings mit dem Vorbehalt, das Vorhaben zurückzustellen bis das Verkehrsmanagementkonzept für die Region vollständig erstellt sei. Dazu nahm der Regierungsrat in der 1. Botschaft Stellung und erklärte, diese „Verbindungsspange Buchs“ sei eben ein grundlegendes Element sowohl für das Verkehrsmanagementkonzept als auch für die Netzstrategie der Region Aarau. Die EVP kann diese Argumentation nachvollziehen und sieht, dass die Realisierung der Spange ein Teil dieses Konzepts darstellt und weitere Planungen betreffend Verkehrsmanagementkonzept nicht unbedingt damit verknüpft werden können. Jedenfalls begrüsst die EVP, mit der Strasse eine wesentliche Entlastung des Kreuzplatzes in Aarau und der Ortsdurchfahrt Buchs sowie einen besseren Abfluss des Kreisels Gais zu erzielen. Davon profitieren sowohl der öffentliche und der motorisierte Individualverkehr als auch der Langsamverkehr. Die SBB wollen im Jahr 2015 die Realisierung des Durchfahrtsgleises entlang der Verbindungsspange vornehmen. Kann die Verbindungsstrasse nicht vorgängig erstellt werden, hätte dies Mehrkosten von CHF 3 Mio. zur Folge. Diese gilt es auf jeden Fall zu vermeiden.

Niederlenz, 21. Oktober 2013

Für Auskünfte:

Esther Gebhard, Grossrätin: 062 893 35 70
Dr. Roland Bialek, Parteipräsident: 062 824 57 11
